

Die üblichen 100 Tage

Volksparteien: „Macht die Fenster auf“, FR-Meinung vom 27. Dezember

Ich hatte geglaubt, dass die Frankfurter Rundschau schon weiter sei in der Beschreibung der Situation der SPD. Artikel von Klaus Staeck, Stephan Hebel und einige Leserbriefe ließen hoffen, dass anstelle von einseitigem SPD-Bashing eine differenziertere Sicht um sich greift. Nun kommt Tobias Peter mit den üblichen Instrumenten der Herabsetzung daher: die neuen Vorsitzenden persönlich verächtlich machen („Auszubildende“); maximale Ansprüche formulieren (z.B. Einigung der Partei), die in so kurzer Zeit nicht erfüllbar waren; den nahen Untergang der Partei in die Wand malen („schon bald Geschichte“).

Wie wäre es, die inhaltliche Neuaufstellung der SPD zu thematisieren? Hier hat die Partei mit einem „Linksschwenk“ Ansätze zur lange vermissten, besseren Unterscheidbarkeit der Volksparteien geliefert. Im Übrigen sollte man den neuen Vorsitzenden die üblichen „100 Tage“ zugestehen, um dann ein Urteil zu fällen. Jens Jacobsen, Flensburg

Was haben wir gelernt?

Zu: „Umdenken in der Pädagogik“, FR-Wissen vom 21. Dezember

In regelmäßigen Abständen finden wir auch zehn Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention Berichte wie den von Josef Hanel, wie Kinder mit „special needs“ dort Unterstützung erhalten sollen, wo für sie Bedarf besteht. Das ist schon erstaunlich bei einer Schulpflicht, die 1919 festgeschrieben wurde. Mittlerweile ist sogar die Zeit für die zusätzliche Unterstützung vorhanden: Der Steuerzahler gibt einiges aus, damit zunehmend mehr Schulen Ganztagsangebote einrichten können. Diese werden aber leider nicht zwingend dazu genutzt, Schwächen bzw. Schwierigkeiten der Kinder auszugleichen. Die Betreuung und nicht die individuelle Förderung der Kinder steht im Vordergrund, damit die Eltern ihren Berufen nachgehen können. Immer noch gibt es deshalb Kinder, die nach der Betreuung mit ihren (müden) Eltern Hausaufgaben machen müssen und/oder für die nächsten Tests üben.

Die anderen Kinder mit Unterstützungsbedarf, die nicht auf die Ganztagsangebote angewiesen sind, aber auch Förderbedarf haben, werden in Nachhilfeeinrichtungen gegen gute Bezahlung individuell gefördert.

Was haben wir seit den ersten Pisa-Ergebnissen gelernt? Schaut man in die finnischen oder kanadischen Schulen, sieht man sehr schnell, dass die Schüler umgehend Hilfe bekommen, wenn sie diese benötigen. Und das in Ländern ohne eine Schulpflicht! Volker Igstadt, Hattersheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert beim Herrenhäuser Gespräch auf dem Podium zum Thema „Was ist Wahrheit?“ Mit Lorraine Daston (ehemalige Direktorin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Kai Schreiber (Buchautor von „Wahre Lügen. Warum wir nicht glauben, was wir sehen“) und Thomas Strässle (Buchautor von „Fake und Fiktion. Über die Erfindung von Wahrheit“).
Donnerstag, 9. Januar, 19 Uhr
Xplanatorium Schloss Herrenhausen, Herrenhäuser Straße 5, Hannover

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr
Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Gemeinwohl lässt sich nur global denken

Zu: „Zumindest die Kinder von den Inseln holen“ und „Kalte Schulter für Habeck“, FR-Meinung und Politik vom 23.12.

Bei Robert Habecks Aufforderung an die Regierung, Flüchtlingskinder aus den griechischen Lagern nach Deutschland zu holen, geht es nicht um die diesen Menschen zustehende Menschenwürde, sondern um einen symbolischen Akt der Barmherzigkeit. Es ändert nichts an der generell brutalen, ausschließenden Haltung der EU gegenüber Flüchtlingen. Die Menschenwürde bleibt weiterhin sicher im Grundgesetz verschlossen, damit sie nicht durch die Realität beschädigt wird.

Was wird nun selbst gegen symbolische Barmherzigkeit für die Unschuldigen eingewendet? Es ist der nationale Standpunkt, der selbst diese symbolische Geste der Menschlichkeit im Keim erstickt – in Deutschland wie in den anderen EU Ländern: Es brauche stattdessen eine europäische Lösung, die werde in Zukunft (!) gesucht. Wer sich bei der Suche zuerst rührt, hat verloren. Menschlichkeit fördere einen Sog: Hilft man Wenigen, drohen noch mehr, „bei uns“ einzudringen. Hilfe vor Ort sei viel sinnvoller: Sollen es doch die Griechen machen, Deutschland steuert ein paar Lastwagen voll Hilfsgüter bei.

Nationale Identifikation ist immer parteilich und trübt die Wahrnehmung maßgeblich. Nach innen verschleiert das Nationalgefühl, dass Wenige Macht



Im Dreck des überfüllten Flüchtlingscamps Moria. AFP

und Reichtum des (Wirtschafts-) Systems auf Kosten der Mehrheit horten. Von wegen homogen! Die irrierte Intuition, die je eigene Nation sei so etwas wie ein homogener Körper, bewirkt dann nach außen die Abwehr von flüchtenden Menschen.

Wie bei der Klimakatastrophe pokern die Nationen um die je vorteilhafteste Position beim Umgang mit dem (zum erheblichen Teil selbstverursachten) Problem. Und hier wie dort führt diese Realitätsleugnung aus nationaler Perspektive immer tiefer in die Katastrophe. Die flüchtenden Menschen blei-

ben Spielball und Verhandlungsmasse.

Von den jeweils beim Pokern unterlegenen Nationen werden Niederlagen nicht vergessen und sorgen zuverlässig dafür, dass Misstrauen, Hass, Unfrieden und Revanchegeanken immerfort in die Zukunft verlängert und für die nächsten Aufstände und Kriege in Zukunft sorgen werden. Gemeinwohl lässt sich heutzutage nur global denken, alles andere ist Realitätsverlust, der schreckliche Folgen hat.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Diskussion: frblog.de/moria

Es müsste viel mehr Protest kommen!

Zu: „Die Zivilgesellschaft muss geschützt werden“, FR-Meinung vom 24. Dezember

Notwendiges Gegengewicht zum Einfluss der Wirtschaft

Pauline Weller hat einen wunderbaren Artikel zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit mit finanziellen Rückforderungen geschrieben. Alles und besonders folgende Passage kann ich aus vollem Herzen unterstreichen: „Zudem sollten wir nicht vergessen, dass große Unternehmen weit mehr politischen Einfluss nehmen können als zivilgesellschaftliche Akteure. Verglichen mit den Summen, die viele große Unternehmen in ihre Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit investieren, ist die Höhe der Spenden im Gemeinnützigkeitssektor gering. Die politisch engagierte Zivilgesellschaft stellt ein notwendiges Gegengewicht zu dem Einfluss von Konzerninteressen auf die Politik dar.“

Dazu sage ich: Wenn Initiativen dermaßen heimgesucht werden vom Fiskus, dann sollten wir mal damit anfangen, die Firmen wegen ihrer aggressiven innenweltverschmutzenden Öffentlichkeitsarbeit anzuzeigen. Ich wär dabei.

Und jetzt? Was kann man machen? Wohin schreiben? Welchen Abgeordneten anschreiben? Wie erreicht man den Gesetzgeber in dieser Angelegenheit? Sollen wir spenden? Gibt es ein Papier, das man unterschreiben kann? An solche Artikel, die den Leser mit Recht empören lassen wollen, wäre es

gut, ein regelmäßiges Fenster optisch einzurichten:

Frederike Frei, Berlin

Demokratie braucht die kritische Zivilgesellschaft

Achtung, auch in Deutschland ist die Meinungsfreiheit zunehmend gefährdet! Die demokratische Meinungsbildung wird beschränkt, indem untergeordnete Finanzbehörden Organisationen den Status der Gemeinnützigkeit entziehen, die sich kritisch mit Auswirkungen des herrschenden Wirtschaftssystems auseinandersetzen. Da müssen die Alarmglocken klingen! Denn neben dem Parlamentarismus braucht die Demokratie die kritische, am Gemeinwohl orientierte Zivilgesellschaft! Das sagt schon Artikel 21 Grundgesetz. Der Beitrag solcher Vereine und Verbände besteht doch gerade darin, dass sie bestehende Verhältnisse kritisieren!

Das von der Autorin angeführte Demokratische Zentrum Ludwigsburg ist nur ein Beispiel, wie inzwischen linkskritische Vereine mittels Finanzpolitik mundtot gemacht werden, indem ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Dabei beruft man sich meist auf das Attac-Urteil. Ebenso skandalös sind ähnliche Maßnahmen gegen die politikkritische Plattform Compact und die antifaschistischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

(VVN-BdA). Umso unglaublicher sind solche Maßnahmen, wenn gleichzeitig Vereine, die Militarismus fördern, und wirtschaftsabhängige Stiftungen weiterhin als gemeinnützig gelten. Doch es wird so weitergehen: Aus CDU-Kreisen vernimmt man die Forderung, z.B. die Deutsche Umwelthilfe auf gleiche Weise mundtot zu machen. Dies ist eine gefährliche Entwicklung und spielt auch den Rechten in die Hände. Wer die kritische Zivilgesellschaft ausbremst, lähmt die Demokratie!

Fatal ist, dass offenbar nach geltender Rechtslage bei Aberkennung der Gemeinnützigkeit Steuern über mehrere Jahre nachgefordert werden können! So macht man kritische demokratische Organisationen mundtot! Bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit nähert sich Deutschland bald schon Ungarn an! Es ist höchste Zeit, dies zu ändern!

Was ist mit dem Bundesfinanzminister? Wieso bezieht der nicht öffentlich Gegenposition und verteidigt die demokratische Gesellschaft? Um Rechtssicherheit für die Zivilgesellschaft zu schaffen, muss die Abgabenordnung bei der Gemeinnützigkeit schnell geändert werden! Es bräuhete viel mehr Protest der Zivilgesellschaft! Wehret den Anfängen! Winfried Kallabis, Dieburg

Diskussion: frblog.de/gemeinnuetzig